

Jetzt kostenlos
14 Tage BZ lesen

Info unter:
0800 / 22 24 22 0 oder
badische-zeitung.de/
probeabo

8. September 2013
Leserservice 08 00/222 42 24 02 - www.der-sonntag.de

Der Sonntag

in Freiburg

Wahlpflicht gegen Politikfrust?

Immer mehr Menschen haben keine Lust, schon wieder ihr Kreuzchen auf einem Wahlzettel zu machen. Der Freiburger Politikwissenschaftler Michael Wehner empfiehlt die Einführung einer Wahlpflicht. Zwang zur Volksherrschaft? **SEITE 3**

Netzwerk **Fortbildung**
Netzwerk für berufliche Fortbildung
Freiburg/Breisgau
Hochschulland

Programmheft
Heute
in dieser
Ausgabe!



Schwache Abwehr

Beim 4:4 gegen den FC Zürich offenbarte der SC Freiburg Abwehrprobleme. Dafür sei, so Kapitän Schuster (Foto), die gesamte Elf verantwortlich. **SEITE 10**

Schnell noch ausweisen, was geht

Tschüss, Baugebiete: Das Land will den Gemeinden nur noch begrenztes **WACHSTUM** erlauben – Freiburg bekommt Sonderstatus

Viele Bürgermeister in Südbaden sind sauer, denn die Landesregierung hat verfügt, dass ihre Dörfer und Städte nur noch ganz begrenzt weiterwachsen dürfen – wenn überhaupt. Nur Freiburg hat jetzt beruhigende Post aus Stuttgart bekommen.

Egal in welchem Amt oder Rathaus man derzeit anruft, der Frust ist immer derselbe. „Weniger Bauland, weniger Bevölkerungswachstum – vertane Chancen“, sagt Christoph Hoffmann, Bürgermeister von Bad Bollingen. „Absolut inakzeptabel“, findet es Fritz Deuschmann, Rathauschef von Auggen. „Das wird im Landkreis Waldshut eine sinnvolle Siedlungspolitik erschweren“, beschwert sich Waldshuts Landrat Tilman Bollacher in einem Brief an den Landkreistag. Und auch in Freiburg waren die Stadtplaner in Alarmstimmung – zumindest bis Donnerstag. Was passiert ist, war erwartbar – nur kam es jetzt mehr durch



Immer mehr Baugebiete, immer weiter in die Fläche wachsen – was beim Computerspiel „Simcity“ zum Erfolg führt, wird in der Realität nicht mehr gerne gesehen. In den Gemeinden rumort es, weil die Landesregierung den meisten kaum noch Wachstum erlaubt. **FOTO: ARCHIV**

verkleinert. Zudem sollen die Bedarfsprognosen für die Kommunen mit Daten des Statistischen Landesamtes erstellt werden – das soll verhindern, dass sich die Orte ihre künftige Entwicklung selbst schönrechnen. Das ganze Konstrukt heißt nun „Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise“ und wurde – schon das sorgte für Ärger – ohne große Kommunikation mit den Betroffenen in Kraft gesetzt.

Beim Regionalverband südlicher Oberrhein hat man sofort Beispiele parat, was die neuen Vorgaben bedeuten. Umkirch vor den Toren Freiburgs: Nach alten Kennzahlen ergaben sich 2,7 Hektar Wachstum für den nächsten Flächennutzungsplan, nach neuen Vorgaben sogar eine Abnahme der Fläche um 0,4 Hektar. In Müllheim blieben statt 19 Hektar nur noch zwölf.

March (ebenfalls bei Freiburg): minus 2,3 Hektar statt Wachstum. Und so weiter. Der Regionalverband hat sofort eine Resolution nach Stuttgart geschickt. „Wir wollen ja gar kein ungezügelteres Wachstum“, sagt Geschäftsführer Dieter Karlin. „Aber ein der Realität entspre-

chendes.“ Man könne ja keine Käseglocke über die Region stülpen.

Dass die Flächenausweisungen der Gemeinden immer der Realität entsprechen, bezweifeln Umweltverbände schon lange. Zu gerne wollen Bürgermeister und Gemeinderäte ihre Orte wachsen sehen und sich Möglichkeiten offenhalten. Oft habe sich gezeigt, so schreibt das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur an Waldshuts Landrat Bollacher, dass die „örtlichen Interessen“ zu großen Baulandausweisungen geführt hätten, „die die in sie gesetzten Hoffnungen auf lange Sicht nicht erfüllen können“. Auch weil vielen Gemeinden mittlerweile rückläufige Bevölkerungszahlen prognostiziert werden.

Doch vor allem im ländlichen Raum bleiben die Gemeinden

bei ihrer Kritik: „Der Handlungsspielraum für Planungen wird erheblich eingeschränkt“, sagt Auggens. Bürgermeister Deuschmann: „Die Gemeinde hat bei der Auswahl künftiger Baugebiete deutlich weniger Spielraum, weil Alternativen fehlen und sie wird erpressbarer, was Bodenpreise angeht.“

Das Septemberfieber ist ausgebrochen

Dass für die Anwendung der neuen Daten eine Übergangsfrist bis Ende September gilt, hat mancherorts zu einer Art „Septemberfieber“ geführt, ähnlich wie wenn Büros kurz vor Jahresende noch schnell ihre Etats verfeuern: In Endingen am Kaiserstuhl werden vor der Änderung noch so viele Bebauungspläne wie möglich auf den Weg ge-

bracht. Die Nachbargemeinde Sasbach hat nun nachgezogen. Bürgermeister Jürgen Scheiding geht davon aus, dass die neuen Kriterien dramatische Folgen für seine Gemeinde haben werden. „Unsere Gemeinde wird in ihrer Entwicklung mächtig ausgebremst“, erklärt Scheiding. Deshalb hat der Gemeinderat jüngst eine Feriensitzung eingeschoben und sich auf zwei Gewerbegebiete in den Ortsteilen Sasbach und Jechtingen verständigt.

Keine Nervosität mehr dagegen in Freiburg. Dabei hätte die ständig wachsende und unter extremen Wohnkosten leidende Stadt fast eine böse Überraschung erlebt. Eigentlich hätte die Stadt ihren künftigen Bedarf nur noch aus den Zahlen des Landesamtes ermitteln können – und die stammen aus 2008, als man noch davon ausging, Freiburgs Bevölkerung stagniere und wachse nicht bis 2030, wie man heute prognostiziert. Das Ergebnis: Während Freiburgs Planer bis Ende des nächsten Jahrzehnts mit rund 200 Hektar benötigter Fläche rechnen, hätten die restriktiven Vorgaben nur 22 Hektar erlaubt. Das wäre nur ein Fünftel allein des wahrscheinlich nächsten neuen Freiburger Stadtteils Dietenbach (122 Hektar).

Nach einem besorgten Briefwechsel mit Stuttgart herrscht nun aber Erleichterung. Donnerstagsabend übermittelte Staatssekretärin Gisela Splett, dass Freiburg angesichts des enormen Wohnungsdrucks ein Spezialfall sei und die Stadt weiter mit ihren eigenen Zahlen arbeiten könne. Die anderen Gemeinden wiederum bekommen im nächsten Jahr wieder neue Grundlagen – dann will das Land die Daten des Statistischen Landesamtes fortschreiben.

JKI, SAR, HAB, DAG

Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion „Der Sonntag“